

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Rühlstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpragte Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintgt alles!

Anzeigen- und Verbandselder sind an Otto Behms, Berlin O 27
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5888), zu richten — Bezug
nur durch die Post. Grundpreis monatlich 2 RM. mal Schlüsselzahl

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

An unsere Mitglieder!

Viele Wochen und Monate der schwersten Erschütterung unserer deutschen Gewerkschaften liegen hinter uns. In stürmischem Tempo der Geldentwertung verlor die letzte Hoffnung auf Rettung der alten deutschen Reichswährung und riesengroß wuchs die Not des Proletariats. Während Schieber, Bucherer und profitthungrige Kapitalisten sich überboten in widerlichen Lügen ums goldene Kalb und wüste Orgien einen Tiefstand sittlicher Entartung zeigten, verankten die letzten Reste eines einst hoch geprüften Mittelstandes in Industrie und Wissenschaft. Sie sanken ins graue Elend des Proletariats. Der Mangel und das Elend steigerte sich infolge einer in gleichem Ausmaße in der Geschichte des deutschen Reiches bisher nicht gekannten Wirtschaftskrise. Viele Millionen Proletarier wurden registriert als Arbeitslose und Kurzarbeiter. Die Not aller Einzelexistenzen im Proletariat verstärkte die Not der

proletarischen Organisationen. Diese Not stellt sich somit dar als unabwendbares Ergebnis einer von den Gewerkschaften bekämpften, von starken Kapitalistenkreisen gewollten und bewußt geförderten Inflation.

Die Notkreise eines im nackten Leben und in seinen Organisationen bedrohten Proletariats waren für ökonomisch und politisch mächtige Schichten der Kapitalistenklasse Signale für generelle Angriffe auf bestehende soziale und kulturelle Errungenschaften der Arbeiterklasse. Der achtstündige Arbeitstag ist in Gefahr. Hunger und Apathie der Massen, erzeugt nicht zuletzt durch eine heutealterige Politik des französischen Militarismus, sollte wirken auf Zertrümmerung der Gewerkschaften, auf Wehrlosmachung der Arbeiter, auf dauernde Beugung unter das Diktat eines kapitalistischen Herrtums.

Zertrümmerung der Gewerkschaften war das Ziel. Zertrümmerung der Gewerkschaften heißt Vernichtung der Aufstiegsmöglichkeiten des deutschen Volkes.

Der Plan jener rücksichtslos ihr Profitinteresse verfolgenden Schichten des Kapitalismus konnte nicht gelingen. Die Krise zeigte die zähe Lebenskraft der deutschen Arbeiterverbände.

Die deutschen Gewerkschaften stehen und ringen um Lebens- und Menschenrechte der Arbeiterklasse und wieder bewahrheitet sich: Die private Kapitalwirtschaft erzeugt immer aufs neue die Elemente einer fortgesetzt erstarrenden gewerkschaftlichen Macht. Mit der Ueberwindung der Wirtschaftskrise naht die Zeit, in welcher den Arbeitern etwa in Stunden proletarischer Not geraubte soziale und kulturelle Errungenschaften im harten Klassenkampf zurückerobert werden.

Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Auch Euer Verband blieb von der Krise nicht unberührt. In treuer und selbstloser Hingabe haben in diesen Monaten viele tausend besoldete und unbesoldete Verbandsfunktionäre ihre Pflicht erfüllt. Weder der Mangel am Nötigsten, noch das Geklaff und die Verleumdungssucht falscher Freunde und unserer Gegner konnte sie abhalten, immer aufs neue, Tag für Tag ihre schwere Arbeit zu verrichten. Dank dieser treuen Arbeit und Dank der Tätigkeit des Internationalen Sekretariats sowie der Solidarität unserer Brüder und Schwestern im Elsaß, in Holland, Schweden, Dänemark, Böhmen, Oesterreich, Italien und der Schweiz konnte Deutschlands Textilarbeiterverband herausgehen aus dieser Krise als starke Kraft. Er befindet sich in ericaulicher Aufrwärtsentwicklung. Das Ziel der Vorstandstätigkeit wurde erreicht. Die Vermögenswerte des Verbandes sind so gut wie unverfehrt. Der Vorstand dankt allen Funktionären, und allen unseren Brüdern und Schwestern im Ausland für ihre Hilfe.

Der Vorstand ruft aber auch auf zum Kampf gegen diejenigen, welche glaubten, in diesen Tagen gesteigerter Not die Fackel der Zwietracht und des Bruderkrieges in unieren Reihen zu schüren. Während Frankreichs Militarismus dem deutschen Volke nach der Gurgel faßte, während Autokraten den Arbeitern den Boden der Demokratie entziehen und sich zu Herren der Arbeiter aufwerfen wollten, gefährdeten Separatisten die Einheit des Reiches und suchten „kommunistische Freunde“ mit ihrem angeblich kommunistischen Anhang unieren Verband zu zerstören.

Man suchte den Verband zu zerstören, indem man das Vertrauen zu seinen örtlichen und zentralen Leitungen erschütterte.

Verleumdungen über Verleumdungen wurden verbreitet, Beitragspennen wurden proklamiert, die Gründung von Sonderorganisationen empfohlen. Im ganzen Verbandsgebiet wurde systematisch mit Sonderkonferenzen, Gründung besonderer Preßorgane usw. gearbeitet.

Man fiel in Stunden schwerster Not einer bewährten Organisation in den Rücken.

Der Vorstand ist entschlossen, diesem Treiben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Er fordert dazu die Unterstützung aller einsichtigen Verbandsmitglieder.

Der Verband ist nichts, wenn er trotz großer Mitgliederzahl in innerem Kampfe sich verflechtet; er ist ein starkes Werkzeug in der Hand des Textilproletariats, wenn bei allem Recht auf Kritik seine organisierten Massen einheitlich handeln.

Textilarbeiter und -arbeiterinnen! Schützt Euren Verband!

Kämpft gemeinshaftlich und stark für Recht an Arbeit und Leben, für Demokratie in Fabrik und Wirtschaft, für Ueberwindung des Kapitalismus. Ihr überwindet ihn, indem Ihr schafft die objektiven und subjektiven Voraussetzungen. Nicht mit Klinte und Speer, dem Rüstzeug der Barbaren, könnt Ihr dieses schaffen. Ihr schafft sie durch entschlossene Arbeit im demokratischen Staat, im Kampfe mit den entgegenstehenden Kräften, im Kampfe um die Mehrheit der Volksgenossen. Ihr schafft sie durch rege Arbeit in Eurem Verband, im Kampfe mit dem anders interessierten Unternehmertum. Ihr schafft sie durch fleißige ununterbrochene Arbeit im einzelnen Betriebe. Das neue Jahr ruft auf zu neuer Arbeit. Neue Entscheidungen, die bestimmend zu beeinflussen wir nicht in der Lage sind, stehen bevor. Diktiert von der Einsicht in volkswirtschaftliche Entwicklungen gelte unser Kampf

- der Verbesserung unserer Lebenslage,
- der Erhaltung des achtstündigen Arbeitstages,
- der Beseitigung aller Ausbeutung,

- der Herbeiführung der demokratischen Fabrik,
- der Niederringung des Kapitalismus,
- der Herbeiführung der sozialen Organisation der Arbeit!

Der Vorstandsvorstand.

Inhalt: An unsere Mitglieder! — Rückblick und Ausblick! — Die Neuregelung der Arbeitzeit — Die Verlogenheit —

Rückblick und Ausblick!

Das der Geschichte angehörende Jahr 1923 hat dem deutschen Volk einen katastrophalen Abstieg gebracht, wie er wohl in der langen Geschichte des deutschen Volkes kein Beispiel findet. Der völlige Zusammenbruch der Markwährung hat die Wirtschaft erschüttert, die Finanzkraft des Reiches und der Länder zerrüttet. Der Zerfall des Reiches, der Ausbruch des Bürgerkrieges war in bedenkliche Nähe gerückt. Es ist dies das Fazit des Ruhrkampfes, der weit über die Grenzen der finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands hinaus geführt worden ist. Rechtsradikale Hegekreise und die Schwerkindustrie hatten ein Interesse daran, den Ruhrkampf bis zum finanziellen und staatspolitischen Zusammenbruch des Reiches zu führen. Die Schwerindustrie erreichte damit, daß dort, wo das Reich mit Frankreich und Belgien verhandeln sollte, sie verhandelte. In den Verhandlungen mit den Industriellen wurden Bedingungen festgelegt, die über das Maß dessen hinausgingen, was vor Beginn des Ruhrkrieges an Frankreich und Belgien zu liefern in Betracht kam. Vor dem Ruhrkampf jedoch haben jene industriellen Kreise die Erfüllungspolitik der Regierung durchgebeten und durch ihr Verhalten einen billigen Vorwand zur Herbeiführung des Ruhrkampfes gegeben. Letzten Endes waren die Verhandlungen ein sichtbares Zeichen dafür, daß die Reichsmacht vor der Machtfülle jener industriellen Kreise kopit liegt hat.

Für die deutsche Arbeiterklasse bedeutete das Ergebnis des Ruhrkampfes mehr als eine verlorene Schlacht. Durch die Erschütterung der Wirtschaft sind Millionen deutscher Arbeiter ihrer Existenz beraubt. Millionen werden ständig davon bedroht, ihre kümmerliche Existenz ganz zu verlieren. Die deutsche Arbeiterklasse ist in eine ständig steigende Flut von Not, Elend und Entbehrungen getrieben worden, in der sie zu versinken droht. Dabei ist noch kein

Land zu sehen, auf welchem der Fuß festen Boden fassen kann, auf dem eine Rettung möglich wäre. Gewiß, seit der Markstabilisierung ist eine kleine Wendung zum Besseren eingetreten. Ob aber die Besserung lange anhält, ist zweifelhaft. Wenn es nicht gelingt, den Reichshaushalt in kurzem ins Gleichgewicht zu bringen, dann wird die Inflation von neuem einsetzen und uns noch tiefer in den Abgrund führen.

Durch den Markzerfall sind die Kampfmittel der organisierten Arbeiterklasse geschwächt worden. Diese Schwäche nützen die Unternehmer gegen die Arbeiterklasse aus. Sie glauben, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei, in welcher sie die Arbeiterklasse wieder in die alte Abhängigkeit hineinzwingen können. Wir haben einen harten Verteidigungskampf zu führen gegen die Beseitigung des Achtstundentages!

Wir werden schwere Kämpfe zu führen haben in der Verteidigung unserer Lebenshaltung!

In struppiger Weise brechen die Unternehmer die abgeschlossenen Tarifverträge und veruchen den Arbeitern Arbeitszeiten aufzuzwingen, die weit über den achtstündigen Arbeitstag hinausgehen. Sie wägern sich ferner neue Tarifverträge abzuschließen und versuchen den Arbeitern Löhne und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Tarifbrüche, begangen durch einzelne Unternehmer sind keine Seltenheiten. Sie werden gestiftet durch die Auffassung, die ein Teil der Vertreter der Spitzenorganisationen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vertreten. Es ist bekannt, daß Dr. Sorge den bisher innegehabten Vorsitz dieser Verbände deshalb niedergelegt hat, weil die Vertreter der Arbeitgeber nicht einheitlich der Auffassung sind, daß ein unterschriebener Tarifvertrag auch eingehalten werden muß.

Die Textilindustriellen haben die Hülsen fallen gelassen, sie pfeifen aufs Recht dort, wo sie die Macht besitzen, dasselbe ungestraft verletzen zu können. Sie entpuppen sich wieder als die schlimmsten Feinde des kollektiven Arbeitsvertrages. Der Verband der mitteldeutschen Industrie hat in einer Sitzung des Arbeitsausschusses am 7. Dezember 1923 Beschlüsse gefaßt, die darauf hinausgehen, „daß der Lohn in Rentenmark nicht über 1/2 des

Friedenslohnes betragen darf. Daß das Schlichtungswesen beseitigt wird; daß eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Berücksichtigung der Kündigungsfristen durch freie Vereinbarungen mit den Arbeitern herbeigeführt werden müsse“.

In ähnlicher Richtung bewegen sich die Wünsche, die in der Hauptversammlung des bayerischen Industriellenverbandes am 15. Dezember 1923 niedergelegt worden sind. Der Geschäftsführer Dr. Rühl hielt eine Programmrede, in welcher den Forderungen der Unternehmer Ausdruck verliehen wurde. Er wandte sich gegen die Steuererhebung. Er verlangte die Beseitigung der unproduktiven Leistungen, nämlich die Steuerberechnungen, die Steuerabzüge, die Beschäftigung Kriegsbeschädigter, die Leistungen für die Zwangswirtschaft, Zahlungen für Betriebsräte usw., Beseitigung der Demobilisationsverordnungen, Vereinfachung der gesamten Gesetzgebung, Einschränkung des Beamtenapparats auf das Notwendigste.

Die Unternehmer verlangen weiter Beseitigung aller Ausfuhrabgaben, Reform des Verkehrswesens, Beseitigung der schädigenden Bestimmungen der Preisstreikerverordnungen, Umwandlung der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge in eine produktive. Aufgabe der Absichten der Schaffung einer Erwerbslosenversicherung, vorläufige Stilllegung des Achtstundentages, Neuregelung der Löhne, insbesondere erhöhte Differenzierung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, Sparzwang für jugendliche unverheiratete Arbeiter, Beseitigung der Reichstarife und Entlohnung nach örtlichen Verhältnissen. Beseitigung des Rechts der Verbindlichkeitsklärung der Tarifverträge. Genaue Ueberprüfung unserer sämtlichen sozialen Einrichtungen (Berufsgenossenschaften, Kranken- und Unfallversicherungen, Angestelltenversicherung) auf die Möglichkeit ihrer Aufrechterhaltung.

„Unser Wunschzettel, bemerkt der Redner, ist nicht klein, doch können wir auf keine unerwarteten Forderungen verzichten, wenn wir die Wirtschaft vor dem vollständigen Verfall retten wollen. Wenn der Reichstag, die Landtage und die Parteienkongresse die Regierung an zielbewusster Arbeit hindern und durch endlose Reden das Handeln sabotieren, dann soll die Regierung in Gottes Namen den Entschluß fassen, die Parlamente zum Teufel zu jagen und auf eigene Verantwortung zur Rettung des Staates die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, welche das Gebot der Stunde sind. Die Durchführung unseres Programms ist auch die Voraussetzung für eine Gesundung unserer Währung.“

Dr. Ruhlo hat in jeder Richtung hin seinem Herzen Luft gemacht und wir können dankbar sein, die Ziele des Unternehmertums in dieser Weise enthüllt zu haben. Es war längst bekannt, daß die Unternehmer niemals an Bescheidenheit gelitten haben. Dieser Wunschzettel stellt aber eigentlich eine Forderung dar.

Interessant war aber auch, daß in derselben Tagung der bayerischen Industriellen der Handelsminister von Meißl eine besondere Rede halten konnte, in welcher er besonders darauf hinwies, daß nach den Berichten bayerischer Gewerbetreibender in der oberfränkischen Textilindustrie die Wahrnehmung gemacht worden sei, daß die Arbeitnehmer bereitwillig seien, sich mit den Arbeitgebern über Arbeitsbedingungen zu verständigen, die den wirtschaftlichen Erfordernissen den ihnen nach Zeiten der Not dringend gebotenen ausschlaggebenden Einfluß einräumen.

Die Ausführungen Meißls deuten an, daß in der oberfränkischen Textilindustrie die Arbeitnehmer mit den Unternehmern, außerhalb der dazu berufenen Instanzen der Arbeiterschaft, verhandeln. Wenn dies zutreffend sein sollte, wir zweifeln nicht daran, dann müssen wir die Arbeiterschaft besonders gegen ein solches Vorgehen warnen. Wir sind auch unterrichtet davon, daß man in Bayreuth ohne Hinzuziehung unserer Organisationsvertreter mit den Unternehmern verhandelt hat und daß die Arbeiterschaft leider dort die Zustimmung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gegeben hat. Die Bayreuther Arbeiterschaft scheint jedenfalls die Schurigkeit, die sie durch die Steiner a tutti quanti erduldet haben, vergessen zu haben. Hoffentlich rächt sich ihr Vorgehen nicht noch in recht schlimmer Weise. Zum anderen muß aber besonders darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterschaft mit den Unternehmern keine Abmachungen treffen konnte, die dem bestehenden Tarifvertrag entgegenstehen. Sind andere Abmachungen getroffen, so bedeuten diese einen klatten Tarifbruch.

Daß die Unternehmer mit Hilfe der Regierung dieses Programm durchzusetzen beabsichtigen, ist keinesfalls zu zweifeln. An der Arbeiterschaft wird es liegen, ob es den Unternehmern gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen. Die Zeichen deuten auf Sturm. Die deutsche Arbeiterschaft steht vor wirtschaftlichen Kämpfen, wie sie jedenfalls bisher nicht an Größe und Schärfe zu vergleichen waren. Die Arbeiterschaft wird gut tun, sich auf diese Kämpfe einzurichten und zu rüsten. Den Industriellen kommt selber dieses zu Hilfe. Einmal die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Arbeiterschaft befindet, und in zweiter Linie die Zerrissenheit der deutschen Arbeiterklasse in politische und gewerkschaftliche Hinsicht. Die kommunistische Hege gegen die Gewerkschaften hat leider Früchte getragen. Die Folge davon ist, daß die Schlagkraft der Arbeiterklasse bedenklich vermindert worden ist.

Wir möchten an der Schwelle des neuen Jahres deshalb der Arbeiterschaft besonders zurufen. Seid einig! Wenn die kommunistische Agitation in dieser Weise wie bisher weitere Früchte trägt, dann werden wir in Deutschland das selbe Schauspiel erleben, wie in Italien und Frankreich, wo durch die kommunistische Propaganda die Gewerkschaften zerfallen wurden und die Arbeiterschaft in diesen Ländern völlig zur Ohnmacht verdammt ist. Will die Arbeiterschaft die Kämpfe, vor denen sie durch die Offensivpolitik der Industriellen gestellt wird, bestehen, so kann dies nur geschehen durch den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen. Deshalb fort mit allen Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Gewerkschaften zu vernichten oder die Gewerkschaften den Moskauer Gewalttätigen auszuliefern.

Die Neuregelung der Arbeitszeit.

Das Staatsideal — wenn es erlaubt ist, dieses Wort zu gebrauchen —, das die Arbeiterschaft nach dem November-Zusammenbruch 1918 zu verwirklichen trachtete, war die soziale Demokratie. Der Mensch sollte nicht mehr bloßes Mittel für wirtschaftliche Zwecke sein; seine Würde sollte geachtet, sein Anspruch an das Leben berücksichtigt werden. Es sollte weniger Gewicht auf das Profitinteresse des Unternehmers gelegt werden, als vielmehr darauf, daß der einzelne Arbeiter sein Recht auf ein lebenswertes Dasein durchzusetzen vermöge. Infolgedessen begann die junge Republik auch mit vielerlei sozialen und politischen Maßnahmen und Gesetzen. Sie gipfelte in der Einführung des Achtstundentags. Seit Jahren hatte die Arbeiterschaft für den Achtstundentag demonstriert und gekämpft. Sie setzte unter jenem Dasein, das sie dazu verurteilte, Tag für Tag, vom Morgen bis zum Abend, an der Maschine zu stehen und nur Arbeitsklasse zu sein, der persönliche Anspruch auf ein persönliches Leben nicht zu stellen hatte. Das sollte nun anders werden. Der Arbeiter sollte auch in den Genuss von Ruhestunden gelangen, in denen er seiner Familie und sich selbst gehören dürfte. Er atmete auf. Überall entstanden um die Großstädte mit ihren rauchenden Schloten Kleingärten, in denen der Arbeiter nach Feierabend auf „eigenem Grund und Boden stand“ und ein Stück seines „Vaterlandes“ selbst bebaut. Volkshochschulen und ähnliche Bildungsanstalten traten ins Leben, die dem Arbeiter die Gelegenheit eröffneten, in ein lebensvolles Verhältnis zu den geistigen Schätzen seines Volkes zu treten. Ein hoffnungsvoller Schritt zur menschlichen Befreiung des deutschen Proletariats schien getan zu sein.

Anfangs fand sich das deutsche Unternehmertum mit dieser neuen Ordnung ab. Es bangte vor Sozialisierungsmassnahmen, und unter dem Druck seines schlechten Gewissens kam es den Wünschen der Arbeiterschaft weit entgegen. Boreerst bedurfte es zu seiner Bereicherung nicht eines mehrstündigen Arbeitstages. Es tat sein Möglichstes, um die Währung zu zerrütten, unter Ausnutzung der Inflation vermehrte es seine Sachwerte, seine Substanz; es brauchte nicht mehr genau zu kalkulieren, ihm stofften Reichtümer über Reichtümer zu, indem es spekulierte. Die Kosten hatte allerdings die Arbeiterschaft zu tragen. Zwar verblieb ihr der Achtstundentag, doch erlitt sie auf der anderen Seite eine grauenvolle Herabsetzung ihres Realeinkommens. In dem Maße nun, als sich die Inflation mehr und mehr tollte, begannen die Angriffe auf den Achtstundentag. Es war vorauszu sehen, daß die Quelle der Inflationsgewinne über kurz oder lang verfliegen würde. Für diesen Zeitpunkt sollte der Achtstundentag sturmreif gemacht werden; war aus der Geldentwertung nichts mehr herauszuholen, so sollte wiederum die Arbeitskraft bis zum letzten Tropfen ausgepreßt werden. Das Unternehmertum begann frühzeitig mit der psychologischen Vorbereitung seines Angriffs. Für jedes Uebel, für jeden Mißstand wurde der Achtstundentag verantwortlich gemacht. Eine feile Presse war gern bereit den Achtstundentag als den großen Schuldigen an allem deutschen Elend erscheinen zu lassen. Wenn die Reichseinkommen immer katastrophaler infolge der Steuerabotage der Besitzenden sanken, rief das Unternehmertum: nur Mehrarbeit hält den Verfall der Reichsfinanzen auf. Es wurde gesagt, ein besiegtes Volk könne sich nicht leisten, soziale Gesichtspunkte festzuhalten; es könne nur auf wirtschaftliche Gesichtspunkte Rücksicht nehmen. Wichtiger, als

die Schonung menschlicher Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit, sei die Verbilligung der Produktion durch Herabsetzung des Lohnfaktors. Man kann nicht in Abrede stellen, daß diese Propaganda des Unternehmertums geschickt war und die Widerstandskraft der Verteiliger des Achtstundentags allmählich zermürbte. Die dem Zermürbungsprozess wurde noch nachgeholfen durch die entsetzliche Verarmung, in die die Arbeiterschaft infolge Cunos verbrochener Rührpolitik gestürzt worden war. Die letzten Reserven der Arbeiterschaft gelassen, Ersparnisse konnte sie nicht zurücklegen, ihr Streikrecht brach infolgedessen zusammen. Auch die Kassen der gewerkschaftlichen Organisationen erlitten großen Schaden. Unter dem ersten Streikmann-Kabinett sollte der Achtstundentag endgültig zu Fall kommen. Indes gab das erste Ermächtigungsgesetz dazu doch noch nicht unbeschränkte Vollmacht. Erst nach Ablauf der Demobilisationsverordnungen und nach Einsetzung der Regierung Marx war die Stunde ganz reif. Unter dem 21. Dezember 1923 wurde durch eine Verordnung der Reichsregierung die Arbeitszeitfrage neu geregelt. — Darin wird bestimmt, daß Arbeitnehmer eines Betriebes nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung über die Höchstarbeitszeit von acht Stunden hinaus an dreißig der Wahl des Arbeitgebers überlassen werden im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden (also mit zehn Stunden täglich) beschäftigt werden dürfen. Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit kann nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um eine, für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um zwei Stunden täglich überschritten werden in folgenden Fällen: 1. der Bewachung, Reinigung und Instandhaltung der Betriebsanlagen; 2. bei Arbeiten, von denen die Aufrechterhaltung des Betriebs arbeitstechnisch abhängt; 3. bei Beladungs- und Entladungsarbeiten. Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, vermutet mit Recht, daß die Arbeitgeber bestrebt sind werden, die innerhalb eines Jahres zulässige Ueberarbeit an dreißig Tagen nicht über das ganze Jahr zu verteilen, sondern in kürzester Frist stattfinden zu lassen, und zwar in der Erwartung, daß der in dieser Verordnung noch festgelegte Arbeitnehmerschutz durch eine schlechtere Verordnung oder durch die Aufhebung und Nichterneuerung dieser Verordnung bald wieder beseitigt werden wird. Daß die Arbeitgeber derartige Absichten verfolgen, daran kann kein Zweifel sein. Allerdings machte sich bereits brutale Unternehmervöllerei geltend. Noch ist die Entschleunigung der Rührindustriellen von Anna nicht vergessen, durch welche die Arbeiterschaft, unter Verletzung der Reichsgesetze, zur Mehrarbeit gezwungen werden sollte. Noch erinnern wir uns der Verhandlungen der Schwerindustrie mit dem General Dequotte, dessen Hilfe gegen die Arbeiterschaft von deutschen Unternehmern angerufen wurde. Im Kalberberg sind trotz verkürzter Arbeitszeit die Leistungen der Hauer pro Schicht nicht nur dieselben geblieben, sondern sogar gestiegen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit ist mithin sachlich keinesfalls gerechtfertigt. Nichtsdestoweniger fordern die Arbeitgeber Verlängerung der Arbeitsdauer; sie wollen erkennen lassen, daß sie wieder „im eigenen Betriebe nach freiem Ermessen arbeiten und wohnen können“. In der Mar-Stütze und staatl. (natürlich bayerischen) Luitpold-Stütze in der Oberpfalz wurde der gesamte Belegschaft bis zum 6. Januar gekündigt. Allerdings kann die Arbeit weitergeführt werden, wenn sich die Arbeiterschaft bereit erklärt, unter Tag neun, über Tag zehn Stunden mit gleichem Verdienst wie bei der achtstündigen Arbeitszeit zu arbeiten. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, daß es dem Unternehmertum nicht darauf ankommt, die Produktion zu erhöhen; ihm liegt lediglich daran, aus der Arbeiterschaft höhere Gewinne herauszuschinden. Überall im Bergbau, in der Metallindustrie sind die Manteltarife gekündigt; auf Grund der Verordnung vom 21. Dezember 1923, an die sich zahlreiche Unternehmer aber schon gar nicht mehr halten, haben sie das Recht, alle vor dem 18. November 1923 abgeschlossenen Tarifverträge, die eine kürzere als achtstündige Arbeitszeit (46-Stunden-Woche) vorsehen, insoweit mit dreißigtägiger Frist zu kündigen, als die Arbeitszeitbestimmungen in Frage kommen.

Das Unternehmertum ist sich seiner augenblicklichen Uebermacht bewußt. Ungutruhm bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Einnes: „Welche sachlichen Gründe für die Infraktion dieses Gesetzes sprechen, ist unerfindlich. . . . Es wäre bei weitem dienlicher gewesen, von einer gesetzlichen Regelung überhaupt Abstand zu nehmen und es den Tarifparteien, nämlich den Arbeitgebern und Gewerkschaften, selbst zu überlassen, auf freiwilliger Grundlage in gegenseitigem Einvernehmen die Arbeitszeit zu vereinbaren, die im Interesse des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft notwendig ist.“ Dem Unternehmertum geht in der Frage der Arbeitszeit selbst die lockere Fessel dieser Dezemberverordnung lästig. Es hofft auf dem Wege der freien Tarifvereinbarung noch viel weitergehende Hoffnungen verwirklichen zu können, angesichts der zermürbten deutschen Arbeiterschaft.

Sicherlich hat der soziale Gedanke, dessen Träger die Arbeiterschaft ist, eine Niederlage erlitten. Das rücksichtslose, eigennützige, menschenverachtende Gewinnstreben des Unternehmertums triumphiert. Es wäre verfehlt, hier zu klagen und zu jammern. Es gilt einzusehen, daß auch die Frage der Arbeitszeit, wie so vieles andere, keine Rechts- oder Menschlichkeitsfrage, sondern eine reine Machtfrage ist. Das Unternehmertum ist mächtig; also tritt es die sozialen Grundrechte der Arbeiterschaft mit Füßen. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß sich die Arbeiterschaft wiederum starke wirtschaftliche und politische Stellungen erobert; dann wird sie neuerdings den sozialen Gedanken des Achtstundentages zum Siege führen können. Denn so viel ist sicher: die Arbeiterschaft hat den Achtstundentag bereits besessen; keinen gegenwärtigen Verlust empfindet sie als eine Vergewaltigung und als einen Raub, womit sie sich nicht abfinden wird; sie wird nicht ruhen, bis sie das, was ihr bereits gehörte, was ihr aber in diesen Tagen der Schwäche abgenötigt wurde, sich aufs neue wiedergewonnen hat.

Die Verlegenen.

Die Abwehraktion unseres Verbandes gegen die zersetzenden kommunistischen Bestrebungen innerhalb der Organisation ist den Machern jener Treibereien offenbar sehr unerwartet und ungelegen gekommen. Die Limbacher KPD-Strategen bekunden ihren Mißmut und ihre Verlegenheit in einem langen Artikel, den sie im Chemnitzer Organ der „ausgeschlossenen Bauarbeiter“ veröffentlichten. Die Leitung des Textilarbeiterverbandes hatte so unendliche Geduld, Nachsicht, Langmut und Toleranz den verbandseindlichen und arbeiterschädigenden „Operationen“ der kommunistischen Filialleitung von Limbach gegenüber an den Tag gelegt, daß die so milde Behandelten die Ueberzeugung gewonnen, dem Textilarbeiterverband und seiner Leitung könne man alles bieten, ohne auf Abwehr zu stoßen. Sie meinten, der Verband werde sich auch die Beitragsperre gefallen lassen und gemütvoll zusehen, wie eine einzelne Filiale die erste und wichtigste Verpflichtung der Gesamtorganisation gegenüber verweigert, ihre Rechte an dieser Gesamtorganisation aber restlos weiterhin beansprucht. Nun haben sie erkennen müssen, daß sie falsch spekuliert hatten. Ihre Antwort auf die Abwehrmaßnahmen, die der Verbandsvorstand im Interesse der Organisation und der Textilarbeiterschaft pflichtgemäß zu treffen hatte, ist denkbar kläglich. Sie zeichnet sich nur aus durch unsinnige Behauptungen und durch wildes Abstreiten von Tatsachen.

Es wird befrüchten, daß ein Beschluß auf Beitragsperre gefaßt worden ist. Dies sei nicht in der Filiale Limbach des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sondern in einer Sitzung des Gewerkschaftsartikels geschehen. Das bekannte Rundschreiben an die Mitglieder unserer Filiale sei — nicht lachen! — von einigen Verbandskollegen verfaßt und vervielfältigt worden! Wahrheit ist, daß der Geschäftsführer Heintzig in einer Mitgliebersammlung der Filiale Limbach einen Antrag auf Sperrung der Beiträge begründete und durchsetzte!

Mit dieser „hochrevolutionären“ Aktion gegen den Textilarbeiterverband sollte — die Reichswehr bekämpft werden, die in jener Zeit nach Limbach gekommen war! Wie man sieht, sind nicht nur Gottes Wege, sondern auch die der kommunistischen Strategie oft wunderbar! Man bedenke: die wirtschaftliche Unangst der Verhältnisse hat die Kampfkraft der Arbeiter und ihrer Organisationen erschüttert. Millionen sind arbeitslos, eine große Streikbewegung mit politischem Ziel wäre dem Unternehmertum im jetzigen Augenblick überaus willkommen. Denn die Limbacher Generalkonferenz vom vergangenen Sommer auf Deutschland übertragen, würde mit einer so gründlichen „Säuberung“ der Betriebe von allen „Unzufriedenen“ und „Hegern“ enden, wie wir es noch nicht erlebt hätten. Statt in dieser kritischen Zeit alle Kräfte der Organisation für einen günstigeren Augenblick zusammen zu halten und zu stärken, propagiert knabenhafte kommunistische Aktionsbegeisterung die Beitragsperre, geht also daran, dem Verband das Rückrad zu brechen, um ihn — kampfbereiter und kampffähiger zu machen! Es ist das alte Bild: Die von den Kommunisten viel beklagte Reaktion hat keinen besseren Helfer als eben die . . . munisten, Ihnen die Führung der deutschen Arbeiterorganisation in die Hand geben, hieße unsere Arbeiterschaft mit demselben Schicksal bedrohen, das den ungarischen, den italienischen und anderen Arbeitern unter kommunistischer Führung beschieden war.

Die Leute, deren Führung sich augenblicklich noch der größere Teil der Limbacher Textilarbeiterschaft gefallen läßt, möchten gern den Beschluß des Vorstandes auf Ausschluß der Filiale Limbach wieder rückgängig machen. Aus dem einen Grunde, weil ihnen die Zeit noch nicht reif ist für die Gründung einer eigenen Organisation hierfür einen Beweis: In einer Dresdener Gardinenfabrik erklärte die dort beschäftigte Tochter eines Kommunisten Besche der Beitragskassiererin unseres Verbandes, sie habe von ihrem Vater den Auftrag, vom Verband auszuscheiden. Versuche, das Mädchen von diesem Vorhaben abzubringen, scheiterten daran, daß die Organisationsmüde erklärte, ihre Austrittsabsicht beruhe auf einem Beschluß der kommunistischen Partei. Unsere Beitragskassiererin rief nun den Betriebsrat an. Das kommunistische Beiratsmitglied Berner schrieb darauf an den Vater der Besche einen Zettel und legte ihn in ihr Mitgliedsbuch, das bereits unserer Kollegin übergeben war. Die Besche verweigerte aber die Annahme des Mitgliedsbuches und beharrte auf ihrem Austritt. Die Annahme des kommunistischen Betriebsrats an seinen Gefinnungsgeoffen lautete:

Lieber Genosse Besche

Wir haben in einer Sitzung beschlossen, daß wir weiter Mitglied des Verbandes bleiben wollen da wir im Augenblick kein anderen Ersatz dafür haben ich bitte Dich das Deine Lochter weiter im Verband bleibt den wir können doch nur das halten was unsere Partei hier gut befindet mit Gruß Genosse Berner.

„Im Augenblick“ haben die Leute der „revolutionären“ Fakultät keinen Ersatz für den Textilarbeiterverband. Deshalb bleiben sie für den Augenblick noch im Verband, um in ihm ihren Spaltungs- und Zertrümmerungsbestrebungen besser betreiben zu können. Wenn dann im nächsten Augenblick die Situation für ihre Separationsabsichten günstig ist, werden sie ohne Bedenken den Hammer der Zerstörung an den Bau der einheitlichen Textilarbeiterorganisation legen. Und was noch pikanter, wenn auch nicht neu ist: Die KPD. bestimmt mit diktatorischer Gewalt, was die Kommunisten in der Gewerkschaft zu tun haben. „Wir dürfen doch nur tun, was unsere Partei für gut befindet“, stammelt der Kommunistenagente Berner. Die schönsten Parteinteressen der pflichtstiftlichen KPD. sind für die Gewerkschaftsarbeit ihrer Mitglieder Ziel und Stern, jener KPD., die wiederum ein hirn- und willenloses Werkzeug der Halbgötter in Moskau ist!

Diesen armen Teufeln ist wohl auch vorgeschrieben worden, in einem in Limbach und Umgebend verbreiteten Flugblatt folgendes mustulösen, läqnerischen Unfug zu verbreiten:

„Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes gibt an, das (die Beitragsperre) sei der Grund, der den Ausschluß rechtfertigt. Wir aber wissen es besser! Schon vor zwei Jahren erteilten die Arbeitgeber den Gewerkschaftsführern in der Arbeitersgemeinschaft den Auftrag, die Kommunisten aus den Gewerkschaften herauszuwerfen, wenn die Arbeitgeber weiteres Entgegenkommen bei Tarifverhandlungen zeigen sollten. Heute gibt es keine kommunistische Partei mehr! Aber die Reaktion geht dazu über, die Arbeiterschaft zu erdrosseln, und sie braucht Henkersknechte, die den Arbeitern mit freudlichem Gesicht die Schlinge um den Hals legen. Die Unternehmer wünschen, daß die Gewerkschaften zerrissen werden, und der Vorstand des Textilarbeiterverbandes befiehlt: die Filiale Limbach ist aufgelöst. Kollegen der Textilindustrie, was sagt ihr dazu? . . .“

Die Kollegen der Textilindustrie, die sich die Fähigkeit zu nüchternem Denken bewahrt haben und in der Ruhmesgeschichte der kommunistischen „Aktionen“ Bescheid wissen, werden für solch hirnloses Gebot nur ein Lächeln haben. Denn sie wissen das eine: Das Unternehmertum hat kein Interesse daran, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Hand erfahrener, kluger Führer zu lassen, dagegen aber können die Scharfmacher nichts fehnlicher wünschen, als daß diese Organisationen der Arbeiter in die Gewalt terner demagogischen und munn-gewaltigen Kräftehuber kommen. Gewerkschaftsbewegungen, von Kommunisten geführt, sind keine Gefahr für das Kapital. Jede kommunistisch geführte Gewerkschaftsaktion hinterließ bisher nur geschlagene Arbeitermassen und zertrümmerte Bollwerke des gewerkschaftlichen Kampfes. Mit diesen kurzen Feststellungen kann an den klüglichen Schwindeln jenes Flugblattes vorübergegangen werden.

Die Nervosität und Mißstimmung der Limbacher Akteure ist ebenso erklärlich wie ihr Versuch verständlich, sich aus ihrer Isolierung wieder in den warmen Schoß des Verbandes zurückzumanoörrieren, um von hier aus die alte Zerstörungsmarbeit fortzusetzen, die von der KPD. aus armeneligen politischen Parteinteressen heraus befohlen wird. Die Macher werden ihre Rünste vergebens versuchen. Die Zeiten sind zu ernst, die Lage der Arbeiterschaft ist zu gefährdet, als daß diesem unseligen Treiben noch einmal unklug zugeföhren werden kann. Diese Haltung des Gesamtverbandes gegenüber dem kommunistischen Unfug wird von den Mitgliedern auch in den von den Kommunisten bisher mit den üblichen terroristischen Mitteln beherrschten Orten verstanden. So sind in Guben heute bereits wieder 80 Proz. der bisher vorhanden gewesenen Verbandsfollegen in der dortigen Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes verlammt, und ihre Zahl nimmt täglich zu. Limbachs Textilarbeiterschaft wird auf die Dauer auch keine andere Stellung einnehmen können. Dies aber, die Sammlung der Textilarbeiter in ihrer altbewährten, in tausend Stürmen seftschendenden, von erfahrenen, den Verbandsmitgliebern stets verantwortlichen Führern geleiteten Organisation, ist erste und wichtigste Voraussetzung einer wirklamen Verteidigung des Lebensrechtes der deutschen Textilproleten.

Bekanntmachung.

Die bisherige Filiale Limbach hat sich durch einen Beschluß der Beitragsperre vom Verband losgelöst. Sie existiert also nicht mehr. Die in Limbach bestehende, von Glombicha, Marschek und Heintzig geleitete Organisation der Textilarbeiter hat mit dem Deutschen Textilarbeiterverband nichts mehr zu tun. Wir bitten unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder bei der Korrespondenz und Versand von Material das zu beachten.

Der Verbandsvorstand.